

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen des Gemeinderats,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Pressevertreter,

wir möchten heute unseren städtischen Haushalt verabschieden. Und obwohl wir damit nur in unserer Stadt die Weichen stellen, müssen wir im Auge haben, was um uns herum geschieht und für wen wir Verantwortung tragen. In einer Zeit, die von globalen aber auch nationalen Herausforderungen geprägt ist, ist es wichtiger denn je, dass wir als Gemeinschaft zusammenstehen und gemeinsam die Zukunft auch unserer Stadt planen.

Die Welt befindet sich in einer Phase großer Unsicherheit. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat nicht nur das Leben unzähliger Menschen erschüttert, sondern auch die geopolitischen und wirtschaftlichen Strukturen weltweit beeinflusst. Die Auswirkungen sind auch in unserer Kommune spürbar - sei es durch steigende Energiepreise, Lebenshaltungskosten, Lieferengpässe oder die Notwendigkeit, Geflüchtete aufzunehmen und zu unterstützen.

Gleichzeitig erleben wir in den Vereinigten Staaten unter der Präsidentschaft von Donald Trump eine Neuausrichtung der internationalen Beziehungen. Entscheidungen, wie die Reduzierung von Hilfsprogrammen, angekündigte Strafzölle und die Isolation von traditionellen Verbündeten, werfen Fragen auf, wie stabil die seit 80 Jahren sicher geglaubte globale Weltordnung in Zukunft sein wird.

Daher ist die wichtigste Frage, wie Europa diesen Herausforderungen begegnen kann, ohne die Grundwerte von Demokratie, Freiheit, und Menschenrechten zu gefährden. Gerade Deutschland muss hier als drittgrößte Volkswirtschaft eine bedeutende Rolle einnehmen. Wir müssen zusammen mit unseren europäischen Partnern ein starkes und geeintes Europa sein. Nur durch Zusammenarbeit, Stärke und Solidarität können wir die Herausforderungen meistern und eine stabile Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger sichern.

Doch wer glaubt, dass autokratische oder nationalistische Kräfte eine Lösung parat haben, der verkennet, wie aktuell Demokratie, Pressefreiheit und Justiz in diesen Ländern kontinuierlich untergraben werden. Geschweisedenn wie sich der Lebensstandard, die Wirtschaft und die Inflationsrate dort massiv verschlechtert haben.

Nichtsdestotrotz bergen radikale und rechte Tendenzen in Europa mehrere Gefahren, die sowohl unsere gesellschaftliche als auch unsere politische Stabilität bedrohen. Ein zentrales Problem ist die zunehmende Polarisierung, die durch populistische Rhetorik und die Verbreitung von Fehlinformationen verstärkt wird. Eine Normalisierung extremistischer Positionen und die Instrumentalisierung von Migrationsthemen trägt dazu ebenso bei.

Und eines ist klar. Die Welt ist komplex und kompliziert. Es gibt keine einfachen Lösungen - aber wir müssen sie besser und verständlicher mitteilen. Denn die internationale Konflikte, wirtschaftliche Turbulenzen und die Auswirkungen des Klimawandels werden uns auch in Zukunft vor immense Herausforderungen stellen.

Lassen wir daher nicht zu, dass Dialoge und Kompromisse immer schwieriger werden. Wir wollen keine Spaltung unserer Gesellschaft. Doch jeder sollte sich auch ehrlich die Frage stellen woher die Unzufriedenheit in unserem Land kommt - bei all dem was wir hier vorfinden und wertschätzen.

Es wäre nun ein Leichtes noch über Bund und Land zu sprechen. Wichtig ist, dass wir aus der innenpolitischen Krise, die zum Regierungsbruch und Neuwahlen geführt hat, herauskommen und mit einer demokratischen Mitte den Menschen einen klaren Kurs vorgeben, um wieder das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Auch auf kommunaler Ebene stehen wir vor großen Aufgaben. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie, doch sie wird zunehmend durch die stetig delegierten Aufgaben und die unzureichende Bereitstellung von Finanzmitteln belastet. Ein starker Sozialstaat, also das Netz das uns Bürger vor existenziellen Risiken schützt, hat lange Tradition und ist im Grundgesetz verankert. Diese wichtige Errungenschaft ist die beste Garantie für gesellschaftlichen Zusammenhalt - gilt aber zwischen Politik und Gesellschaft gerade vor dem demografische Wandel stets neu zu verhandeln. Denn es geht um Chancengleichheit und dass Herkunft nicht über Zukunft entscheidet. Aber es darf auch keinesfalls als soziales Hilfsstaatsprojekt missverstanden werden.

Denn das Geld dafür stammt von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Arbeitgebern, welche dies gemeinsam über Beiträge oder Steuern bezahlen. Und das zeigt relativ einfach den Zusammenhang zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die in einer Rezession auch die Frage erlauben muss, welche Leistungen und Zuschüsse möglich sind, wie viel Personal dafür notwendig ist und welche Kernaufgaben zwingend zu erfüllen sind.

Und da ist es vollkommen legitim den Sozialetat des Kreistages (vor allem die Wiedereingliederungshilfe und die SGB II Leistungen) aber auch die Ausgaben im Bereich Kliniken und ÖPNV, die ursächlich für die Erhöhung der Kreisumlage sind, kritisch zu hinterfragen.

Eine ehrliche Debatte darüber ist notwendig, wo Standards abgebaut werden müssen und dass der Staat kein Rundum Sorglos Paket anbieten muss. Was die Menschen von der öffentlichen Hand erwarten ist so nicht mehr tragbar. Wir müssen uns darauf besinnen, dass Solidarität und Eigenverantwortung Hand in Hand gehen.

Die finanzielle Situation unserer Gemeinde ist ebenso angespannt. Im Ergebnishaushalt, der die geplanten Ressourcenzuwächse und -verbräuche gegenüber stellt, planen wir beim ordentlichen Ergebnis mit einem Fehlbetrag von rd. 515 T€. Aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation rechnen wir vorsichtig mit Gewerbesteuereinnahmen von 5 Mio. €. Alle anderen Einnahmen verändern sich nur marginal. Bis auf die Schlüsselzuweisungen, die aufgrund der niedrigeren Steuer-IST-Einnahmen des zweitvorangegangenen Jahres auf 7,8 Mio. € steigen. Demgegenüber stehen die, aus bereits erwähnten Gründen, gestiegene Kreisumlage, die uns mit ca. 900 T€ Mehrkosten belastet. Weitere Personalkostensteigerungen, die durch Tarifierhöhungen, Höhergruppierungen aber auch durch Erhöhungen des Beschäftigungsumfanges zustande kommen. Außerdem die eingerechneten betriebswirtschaftlichen Abschreibungen in Höhe von 2 Mio. €, die wir erwirtschaften müssen, um dem Vermögensverzehr entgegenzuwirken.

Dabei haben auch wir eigentlich kein Einnahmenproblem. Denn die Summe aller Einzahlungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr in unserer Finanzrechnung sorgt für einen Zahlungsmittelüberschuss von rund 846.000 €. Dennoch können unsere zukunftsgerichteten Investitionen nur mit Fremdkapital umgesetzt werden, deren Tilgung und Zinszahlungen natürlich ebenso den Handlungsspielraum begrenzen. Und springt die deutsche Konjunktur aufgrund der Unsicherheiten der Weltwirtschaft nicht an, was wiederum derzeit ursächlich für den schwachen Konsum ist, dürften sowohl die Preise weiter steigen als auch weitere Arbeitsplätze in Gefahr sein. Und das hat selbstverständlich neben der Gewerbesteuer auch Auswirkungen auf unsere Einnahmequellen der Einkommens- und Umsatzsteuer.

Heißt, wie der Kämmerer in seinem Bericht schreibt, „Sparen“!

Oder anders ausgedrückt, den Gürtel enger schnallen oder mehr leisten.

Und selbstverständlich eine Rückbesinnung auf das Prinzip „wer bestellt, bezahlt!“ Denn wer Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene unabhängig der parteipolitischen Farbe trifft, z.B. mit dem vor 10 Jahren beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, der muss auch die Rechnung bezahlen. Das Geld muss bei den Kommunen, am Ort der Wirklichkeit ankommen, um den Haushaltsgrundsatz der stetigen Aufgabenerfüllung sicherzustellen.

Denn eines ist klar. Wenn wir unsere Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen können, werden die Freiwilligkeitsleistungen in den Fokus rücken. Aktuell planen wir keine Steuererhöhungen. Aber da wir davon ausgehen, dass die Haushalte auch in den nächsten Jahren unter Druck stehen, erfordert eine konsequente Haushaltskonsolidierung auch eine Überprüfung von Steuersätzen, Verwaltungsgebühren und Nutzungsentgelten.

Und um das klar zu sagen, wir möchten keine Einsparungen in für uns wichtige Projekte wie Lernen und Freizeit an den Grundschulen, Vereinsförderung, der Mediathek, der Spielscheune, unseren Freibädern oder dem Jugendtreff. Aber das kann nur funktionieren, wenn wir durch Gewerbesteuereinnahmen finanzielle Spielräume kreieren. Das gehört zu Ehrlichkeit ebenso dazu.

Diese Leistungen sind nicht selbstverständlich und sollten auch gewürdigt werden. Es kann nicht sein, dass man sich über Angebote oder Preise aufregt und am nächsten Sonntag ein Vielfaches bei einem Tagesausflug im Freizeitpark, Kinderspielland, Musical oder Spassbad ausgibt. Und gleiches gilt selbstverständlich für das vielfältige Angebot unserer Vereine, das durch das ehrenamtliche Engagement von Wenigen ermöglicht wird. Bei sehr überschaubaren Mitgliedsbeiträgen wäre es auch mal sinnvoll, nicht ständig zu fordern sondern die Frage zu stellen, Was kann ich als Einzelner zur Gemeinschaft beitragen? Wie kann ich mich beteiligen und wie kann ich unterstützen?

Kommen wir neben diesem kurzen gesellschaftlichen Appell zurück zu unserem Haushalt und unseren geplanten Investitionen.

Unsere gemeinsame Verantwortung ist es, die finanziellen Mittel der Stadt klug zu verteilen, um aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden und gleichzeitig die Zukunft unserer Stadt nachhaltig zu gestalten. Neben einer Maßnahmenpriorisierung berücksichtigen wir dabei auch stets die Mitfinanzierung durch Fördermittel und hoffen auf eine Unterstützung aus dem Ausgleichstock aber auch auf neue Investitionsprogramme des Bundes. Denn ohne Weitsicht und rechtzeitige Vorbereitung stellt man eben nicht die Weichen für die Zukunft.

Unser Investitionsprogramm ist folglich geprägt durch die Großprojekte in Bildungseinrichtungen. Ob Neubau von Krippengruppen in der Hauptstrasse, den Kindergarten in der Güterhalle in Flehingen oder den Planungen für einen Neubau eines Kindergartens in Großvillars mit Räumen für die verlässliche Grundschule.

All das ist ein Invest in Bildung und Betreuung. Und schafft bei stetig wachsendem Fachkräftemangel, letztendlich auch Spielraum, dass Eltern schneller wieder in die Arbeitswelt einsteigen können.

Dazu kommen Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der Energy-Award Zertifizierung, Beratungen zu den Photovoltaik-Optionen auf kommunalen Gebäuden, das Thema Windkraft auf unserer Gemarkung und die Beschäftigung mit dem Starkregenrisikomanagement. Außerdem die 2 großen Innenentwicklungsprojekte für die grüne Stadtmitte im Amthof, das Areal der alten Schlossgartenhalle mit See und Wäldle und neben Straßenbau auch das Thema flächendeckende Breitbandverkabelung.

Die Arbeit geht uns also nicht aus und wird uns angesichts der bereits beschriebenen Gesamtsituation in den nächsten Jahren wieder herausfordern. Daher möchten wir zum Abschluss noch einige Punkte anbringen und die Verwaltung bzw. Sie Herrn Bürgermeister darum bitten:

- Lassen sie uns die Haushaltskonsolidierung zusammen angehen. Wo sind Einsparungen oder Ergebnisverbesserungen möglich. An welchen Stellen profitieren wir durch Verschiebungen bspw. durch bessere Ausschreibungsergebnisse. Wir freuen uns auf die Vorschläge der Kämmerei. Wir sind bereit für eine kritische Auseinandersetzung.

- Wir haben stets gemeinsam unsere Stadt weiterentwickelt. Nehmen Sie uns mit bei zukünftigen Überlegungen und Diskussionen über die Zielpriorisierung und Maßnahmenplanung. Der Workshop mit unserem Stadtplaner zu einem unserer Großprojekte war ein gelungener Auftakt, um gemeinsam Gestaltungsoptionen zu besprechen und Ideen einzubringen. Lassen sie uns an solchen Formaten festhalten, ohne dass schon zu viele Wege und Richtungen im Vorfeld fix festgelegt sind.
- Auch wir engagieren uns im Gremium ehrenamtlich neben unseren beruflichen und privaten Tätigkeiten. Lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie wir Sitzungen effizienter gestalten können. Wir wissen, dass wichtige Themen oft keinen Aufschub dulden. Allerdings ist dafür eine gute Vorbereitung mit rechtzeitig zur Verfügung gestellten Vorlagen und eine angemessene Sitzungsdauer notwendig.
- Der Fachkräftemangel, die Fluktuation aber auch die Mitarbeiterbindung in der Verwaltung sind ein wichtiges Thema. Wir stehen für Lösungsoptionen gerne zur Verfügung und können nur dafür plädieren, angesichts der Vielzahl an Terminen und Aufgaben, mehr an die Hauptämter zu delegieren und Verantwortungen zu übertragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir leben in turbulenten Zeiten mit zahlreichen Krisen, die auch an unserer Stadt nicht spurlos vorbeigehen. Ihre gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen beeinflussen unser Zusammenleben.

Unsere Zusammenhalt wird auch weiterhin entscheidend sein, um den zahllosen Herausforderungen gemeinsam und entschlossen zu begegnen. Dafür ist es unabdingbar, unsere Stadt zukunftsfest aufzustellen. Wir müssen die Zukunft unserer Stadt auch weiterhin nicht nur diskutieren, wir müssen sie gestalten - mit Tradition mit klaren Werten und mit Respekt, mit gemeinsamen Lösungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir brauchen Zuversicht, Optimismus aber auch Fleiß und die Bereitschaft zur Beteiligung.

Zum Abschluss geht unser Dank an unseren Kämmerer Dieter Motzer und seinen Stellvertreter Marco Kremser samt Team für die Aufstellung dieses umfangreichen Planwerks. Vielen Dank für das große Engagement und die geleistete Arbeit.

Die SPD-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan zu. Ebenso den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebs „Stadtwerke Oberderdingen“ und des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2025.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

